

Kein Abschied vom »Gendarmen Afrikas«

Warum Frankreichs jüngstes militärisches Engagement
in Subsahara-Afrika problematisch ist

Tobias Koepf

Im Februar 2008 stellte der französische Präsident Nicolas Sarkozy den militärischen Rückzug Frankreichs vom afrikanischen Kontinent in Aussicht. Er versprach ein Ende der unilateralen Einmischung in die inneren Machtkonflikte der Staaten Subsahara-Afrikas, die Frankreich den Ruf des »Gendarmen Afrikas« eingebracht hatte. Das jüngste Eingreifen in der Elfenbeinküste Anfang April 2011 bestätigt jedoch den Trend, dass Frankreich sein militärisches Engagement auf dem Kontinent fortzuführen gedenkt. Doch auf diese Weise werden Regierungen hervorgebracht oder an der Macht gehalten, die von den Bevölkerungen als Agenten Frankreichs und deshalb als nicht legitim wahrgenommen werden. Damit wächst die Gefahr, dass die Machtposition der amtierenden Regierungen gewaltsam in Frage gestellt wird und sich die jeweiligen Machtkonflikte verstetigen.

Nach dem Amtsantritt Nicolas Sarkozys im Mai 2007 sah es so aus, als ob Frankreich sein militärisches Engagement in Afrika grundlegend überdenken würde. In einer programmatischen Rede vor dem südafrikanischen Parlament in Kapstadt kündigte der französische Präsident Ende Februar 2008 erstens an, dass Paris sich künftig nicht mehr in innere Machtkonflikte afrikanischer Staaten einmischen werde. Diese Neuorientierung der französischen Afrikapolitik ging zweitens mit Plänen einher, die teilweise geheimen bilateralen Verteidigungsabkommen zu überarbeiten und vollständig zu veröffentlichen, die Frankreich mit acht afrikanischen Staaten verbinden (Côte d'Ivoire, Djibouti, Gabun, Kamerun,

Komoren, Senegal, Togo, Zentralafrikanische Republik). Dabei sollten insbesondere diejenigen Klauseln entfernt werden, die Paris zu intervenieren erlauben, wenn die jeweiligen Regierungen von internen oder externen Akteuren gewaltsam in Frage gestellt werden. Drittens stellte Sarkozy in Aussicht, die Zahl der in Afrika stationierten französischen Truppen zu reduzieren. Viertens schließlich gab er das Ziel aus, in Afrika zunehmend multilateral zu agieren, und zwar vorzugsweise im Rahmen der Europäischen Union.

Auf die Ankündigungen folgten erste konkrete Schritte. Vier der insgesamt acht Verteidigungsabkommen wurden bis heute durch neue Verträge ersetzt. In den Fällen

Côte d'Ivoire, Djibouti, Komoren und Senegal laufen die Verhandlungen noch. Dem neuen Verteidigungsweißbuch vom Juni 2008 war zu entnehmen, dass die Zahl der französischen Militärstützpunkte von vier auf zwei (einen im Osten und einen im Westen des Kontinents) verringert werde. Paris entschied, die Basen in Djibouti (östliches Afrika) und Gabun (westliches Afrika) beizubehalten. Der ständige Stützpunkt in Côte d'Ivoire wurde im Juni 2009 geschlossen. Ende Juli 2011 soll auch das Aus für die Basis im Senegal kommen. Dort soll lediglich ein etwa 300 Mann starkes Kontingent an Militärberatern stationiert bleiben, die den Armeen Senegals und anderer westafrikanischer Staaten zur Seite stehen sollen.

Fortführung des unilateralen militärischen Eingreifens

Nicht eingelöst hat die französische Regierung jedoch das Versprechen, sich nicht mehr militärisch in innere Konflikte einzumischen. Frankreichs jüngstes Engagement in Côte d'Ivoire spricht hier eine deutliche Sprache. In dem westafrikanischen Land, das seit 2002 unter einem Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden leidet, unterstützten französische Truppen Anfang April 2011 Alassane Ouattara, den Sieger der Ende 2010 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen, dabei, seinen abgewählten Vorgänger Laurent Gbagbo abzusetzen.

Gbagbo hatte sich trotz seiner Niederlage bei den von den Vereinten Nationen (VN) als frei und fair anerkannten Wahlen monatelang erfolgreich geweigert, von der Macht abzulassen. Folge waren schwere Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des aus dem Norden des Landes stammenden Ouattara und den Getreuen Gbagbos, einschließlich Übergriffen auf die Zivilbevölkerung. Deshalb befahl der französische Präsident den schon seit 2002 in Côte d'Ivoire stationierten französischen Streitkräften der Operation »Licorne«, Ouattaras Forces républicaines de Côte d'Ivoire (FRCI) bei Gbagbos Festnahme militärische Hilfe zu leisten. Zwar bestritt

die Regierung in Paris, dass französische Soldaten direkt beteiligt waren, als die Truppen der FRCI in den Präsidentenpalast eindrangen. Sie erklärte jedoch, sie habe den FRCI bei ihrem Vorrücken auf Gbagbos Residenz logistische Hilfe und Luftunterstützung gewährt.

Innenpolitische Motive im Vorlauf zu den Präsidentschaftswahlen 2012 spielten eine zentrale Rolle für Sarkozys Entscheidung, in Côte d'Ivoire einzugreifen. Er wollte sich auf internationalem Parkett profilieren und damit seinen Popularitätsrückstand gegenüber seinen Konkurrenten um das Amt wettmachen. Aus demselben Grund hatte er sich im März 2011 als treibende Kraft für die Militärintervention in Libyen dargestellt, die inzwischen unter dem Dach der Nato stattfindet. Es griffe jedoch zu kurz, machte man allein kurzfristige innenpolitische Erwägungen für das militärische Reengagement Frankreichs in Afrika verantwortlich. Vieles deutet darauf hin, dass Paris nach wie vor daran interessiert ist, im französischsprachigen Subsahara-Afrika als militärische Ordnungsmacht aufzutreten. Schon in den Jahren vor der erneuten Intervention in Côte d'Ivoire gab es dafür deutliche Hinweise. Anfang Februar 2008 griff das seit 1986 im Tschad stationierte »Epervier«-Militärkontingent dem umstrittenen tschadischen Präsidenten Idriss Déby finanziell und logistisch unter die Arme, um einen vermutlich vom Nachbarland Sudan unterstützten Rebellenangriff aus dem Osten des Tschad abzuwehren. Und in der Zentralafrikanischen Republik sind die 2003 entsandten Soldaten der Operation »Boali« auch unter Sarkozy maßgeblich daran beteiligt, Präsident François Bozizé die Macht zu sichern.

Das frankophone Afrika südlich der Sahara ist für die französische Außenpolitik zwar lange nicht mehr so bedeutend wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Dennoch betrachtet Paris die Region weiterhin als Gebiet, in dem es durch fortwährende Präsenz seinen Anspruch untermauern kann, weltweit handlungsfähige Mittelmacht zu sein. Dies

fügt sich mit Einzelinteressen Frankreichs in den entsprechenden Staaten zusammen. In Côte d'Ivoire sind französische Unternehmen die mit Abstand wichtigsten ausländischen Investoren. Darum würden sie von einer Stabilisierung der Lage am meisten profitieren. Im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik sieht Paris die herrschenden Regime vor allem als Bollwerke gegen zu viel Einflussnahme des Nachbarlandes Sudan. Wachsende Sorge bereiten der französischen Regierung zudem die Aktivitäten al-Qaidas im islamischen Maghreb in der Sahel-Region. Zuletzt mehrten sich Anzeichen dafür, dass die Terrororganisation auch auf tschadischem Boden operiert.

Probleme des unilateralen militärischen Eingreifens

Frankreichs einseitige militärische Parteinahme mag im jeweiligen Einzelfall nachvollziehbar gewesen sein. In Côte d'Ivoire hätte ein Festhalten Gbagbos an der Macht den Bürgerkrieg vermutlich eskalieren lassen. Außerdem wäre es ein fatales Zeichen an andere afrikanische Machthaber gewesen. Es hätte ihnen signalisiert, dass es sich lohnen könnte, Wahlniederlagen zu ignorieren. Im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik hätte die Machtergreifung durch oppositionelle Kräfte wahrscheinlich weder den Konflikt beendet noch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich die Situation der Bevölkerungen verbessert. Dennoch ist die unilaterale militärische Einmischung Frankreichs auf dem afrikanischen Kontinent mit Problemen verbunden. Die Akteure, die Paris militärisch unterstützt, werden zwar kurzfristig gestärkt, doch ihre Legitimität wird auf lange Sicht untergraben. Innerhalb ihres Landes werden sie als Agenten Frankreichs angesehen. Dies schwächt ihre Machtposition und beschwört die Gefahr herauf, dass sich die jeweiligen Machtkonflikte jederzeit wieder entzünden.

In Côte d'Ivoire macht die jüngste militärisch gestützte Parteinahme Frankreichs

Alassane Ouattara zu einem nach innen schwachen, da überwiegend von Paris abhängigen Präsidenten, der sich mit der Herkulesaufgabe konfrontiert sieht, ein zerrissenes Land zu vereinen und die verschiedenen ethnischen und politischen Kräfte zu versöhnen. Die Vertreter des Gbagbo-Lagers werden Ouattara nach und nach nur dann als Staatschef akzeptieren, wenn er sie politisch einbindet. Zudem muss Ouattara dafür sorgen, dass die Wahrheits- und Versöhnungskommission, die er selbst eingerichtet hat, auch Verbrechen aufklärt, die seine eigenen Anhänger im Laufe der Auseinandersetzungen Anfang 2011 verübt haben. Gelingt ihm weder das eine noch das andere, droht der innerivorische Konflikt erneut aufzuflammen.

Im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik gelten die autoritär herrschenden Präsidenten Déby und Bozizé seit jeher als Marionetten Frankreichs. Indem Paris einseitig auf die Stabilisierung dieser Regime setzt, trägt es dazu bei, dass tragfähige Friedensprozesse unter Einbindung oppositioneller Akteure verhindert werden. Anfang 2011 wurden beide Staatschefs unter nicht zum ersten Mal mehr als fragwürdigen Umständen durch Wahlen in ihrem Amt bestätigt. Die äußerst zurückhaltende Kritik Frankreichs hat gezeigt, dass Paris weiter an seiner Status-quo-Politik festhält. Angesichts dessen ist damit zu rechnen, dass die oppositionellen Gruppierungen beider Länder wie schon früher gewaltsam versuchen werden, die amtierenden Regierungen herauszufordern.

Wegen seiner einseitigen Parteinahme in Konflikten läuft Frankreich mittelfristig Gefahr, in eine Art Interventionsfalle zu geraten: Regime, denen einmal militärische Hilfe geleistet wurde, werden aller Voraussicht nach auch in Zukunft darum bitten, wenn sie militärisch in Frage gestellt werden. In diesem Falle wird es für Frankreich schwer, ihnen solche Hilfe zu verwehren. Dies könnte Paris dazu zwingen, immer wieder militärisch aktiv zu werden, auch wenn es keine entsprechenden bilateralen Vereinbarungen mehr gibt. Die meisten

afrikanischen Regierungen kennen dieses Dilemma und zögern nicht, es für den eigenen Machterhalt auszunutzen. So hat der ivoirische Präsident Ouattara jüngst gefordert, den 2009 geschlossenen ständigen französischen Stützpunkt in seinem Land wiederzueröffnen. Wenn aber französische Truppen auf Dauer in Côte d'Ivoire präsent bleiben, bliebe Paris im Falle eines erneuten Gewaltausbruchs wohl kaum eine andere Wahl, als erneut zu Ouattaras Gunsten einzugreifen.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Deutschland und die Europäische Union können Frankreichs Politik gegenüber den afrikanischen Staaten nur wenig beeinflussen. Dennoch sollten sie versuchen, Paris davon zu überzeugen, dass eine Fortführung des unilateralen Interventionismus problematisch und eine konsequente Umsetzung der von Sarkozy 2008 angekündigten Politik militärischer Nichteinmischung notwendig ist. Dabei sollten sie der französischen Regierung vermitteln, dass die ständige Gefahr eines Wiederausbruchs der jeweiligen Machtkonflikte nicht nur der Sicherheit der lokalen Bevölkerungen, sondern auch den französischen Interessen abträglich ist. Sowohl den Anliegen der französischen Wirtschaft in Côte d'Ivoire als auch der Stabilität im nördlichen Zentralafrika und der Terrorismusbekämpfung in der Sahel-Region wäre besser gedient, wenn die genannten Konflikte nachhaltig politisch befriedet würden, statt die Lage nur kurzfristig militärisch zu stabilisieren.

Um dauerhaften Frieden zu erreichen, bedarf es eines umfassenden Konfliktbearbeitungsansatzes. Dazu kann auch der Einsatz militärischer Mittel gehören. Er sollte aber möglichst nur dann erwogen werden, wenn er einen zuvor diplomatisch initiierten Friedensprozess unterstützt und von entwicklungspolitischen und, wenn nötig, polizeilichen Maßnahmen begleitet wird. In diesem Falle sind Deutschland und die anderen EU-Mitgliedstaaten gefordert, mehr Verantwortung zu übernehmen. Nur

wenn die Kräfte der EU und ihrer Mitglieder gebündelt werden, können alle für einen umfassenden Konfliktlösungsansatz notwendigen Instrumente bereitgestellt werden. Dass die EU dazu grundsätzlich in der Lage ist, hat sie in der Demokratischen Republik Kongo gezeigt. Dort wurden die Militäroperationen »Artemis« (2003) und »EUFOR RD Congo« (2006) von Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform und Finanzhilfen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau begleitet. Allerdings müssten die eingesetzten Instrumente noch besser als im Fall DR Kongo miteinander koordiniert werden. Außerdem wäre die Konfliktbearbeitungsstrategie langfristiger anzulegen und enger mit anderen internationalen Akteuren abzustimmen, wie den VN, der Afrikanischen Union (AU) und den afrikanischen Regionalorganisationen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364